

PROTOKOLL

über die 21. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Melle am Mittwoch, den
24.03.2021,
Forum am Kurpark, Mühlenstraße 39a, 49324 Melle

Sitzungsnummer: Rat/033/2021
Öffentliche Sitzung: 17:05 Uhr bis 20:13 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Malte Stakowski

stellv. Vorsitzender

Gerhard Boßmann

Bürgermeister

Bürgermeister Reinhard Scholz

Mitglied CDU-Fraktion

Werner Altemöller

Karl-Heinz Gerling

Bernd Gieshoidt

Heiko Christian Grube

Gerda Hövel

Harald Kruse

Anja Lange-Huber

Jan Lütkemeyer

Dieter Niermann

Günter Oberschmidt

Thomas Schulke

Christian Terbeck

Christina Tiemann

Ingo Weinert

Herla Wendelin-Feindt

Michael Weßler

Mitglied SPD-Fraktion

Horst Ballmeyer

Jutta Dettmann

Wilhelm Hunting

Karin Kattner-Tschorn

Annegret Mielke

Mathias Otto

Uwe Plaß

Bernhard Schürmann

Axel Uffmann

Luc Van de Walle

Erich Walkenhorst

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer

Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)

Silke Meier

Alfred Reehuis

George Trenkler

Reinhardt Wüstehube

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Spiekermann

Ursula Thöle-Ehlhardt

Mitglied FDP-Fraktion

Johannes Marahrens

Heinrich Thöle

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier

Stadtrat Dirk Hensiek

Stadtbaurat Frithjof Look

StVR Sandra Wiesemann

StA Herbert Seelhöfer

StI Sophie Franke

Mediensprecher Jürgen Krämer

ProtokollführerIn

StHS Kerstin Lehnig

Zuhörer

Presse

Zuhörer

Meller Kreisblatt - Frau Grawe

zehn Personen

Abwesend:

Mitglied UWG-Fraktion

Peter Mittelberg

entschuldigt

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3 Feststellung eines Sitzverlustes, Einführung eines neuen Stadtratsmitgliedes, Pflichtenbelehrung und Verpflichtung
Vorlage: 01/2021/0079
- TOP 4 Nachbesetzung in Ausschüssen / Nachbesetzung im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Melle GmbH
Vorlage: 01/2021/0091
- TOP 5 Einwohnerfragestunde
- TOP 6 Genehmigung des Protokolls vom 17.12.2020
- TOP 7 Bericht der Verwaltung
- TOP 8 Antrag CDU/FDP-Gruppe: Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung, Festlegung von Ausbaustandards, Erstellung Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten u. ein Moratorium für Straßenausbau
Vorlage: 01/2021/0010
- TOP 9 Haushalt 2021 / 2022 incl. mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung 2019 - 2025
Vorlage: 01/2021/0092
- TOP 9.1 Haushalt 2021 / 2022 incl. mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung 2019 - 2025 (Ergänzung vom 12.03.2021)
Vorlage: 01/2021/0092/2
- TOP 10 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und UWG und der CDU/FDP-Gruppe (Erweiterung Stellenplan - Klimaschutz)
Vorlage: 01/2021/0116
- TOP 11 Antrag der CDU Stadtratsfraktion auf Umsetzung von Rath austreppenkonzerten für das Jahr 2021
Vorlage: 01/2021/0112
- TOP 12 Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Für ein "sauberes Melle" hier: Informationskampagne "Keine Kippen auf den Boden"
Vorlage: 01/2021/0031
- TOP 13 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Melle - Unterstützung Meller Vereine in der Pandemie
Vorlage: 01/2021/0065
- TOP 14 Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Haushaltsansatzes "Anschaffung von Spielgeräten"
Vorlage: 01/2021/0092/3
- TOP 15 Antrag der SPD-Fraktion zur Aufnahme und Bereitstellung von Mitteln in den Haushaltsplan 2021/22
Vorlage: 01/2021/0092/4
- TOP 16 Antrag der SPD-Fraktion zu Richtlinien zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0018/1
- TOP 17 Antrag der SPD-Fraktion zur Sicherheit auf Radwegen
Vorlage: 01/2020/0258
- TOP 18 Antrag der SPD-Fraktion zur Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden
Vorlage: 01/2020/0273

- TOP 19 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion: Förderprogramm Regenwasser-Nutzung
Vorlage: 01/2021/0032
- TOP 20 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zum Haushalt 2021/2022 zur Angebotsverbesserung des Busverkehrs Richtung Melle-Mitte und Werther/Bielefeld
Vorlage: 01/2021/0118
- TOP 21 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zur Errichtung eines Wohnmobil Stellplatzes in Melle-Mitte
Vorlage: 01/2021/0067
- TOP 22 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Melle über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019
Vorlage: 01/2021/0104
- TOP 23 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2019 der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0105
- TOP 24 Richtlinie "Lastenräder" zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0029
- TOP 25 Projektcontrolling 4. Quartal 2020, Finanzcontrolling zum Stichtag 31.10.2020 - Gesamtberichte
Vorlage: 01/2021/0084
- TOP 26 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Einrichtung einer gemeinsamen Erhebungsstelle im Rahmen des Zensus 2022
Vorlage: 01/2021/0082
- TOP 27 Berufung der Wahlleitung für die Kommunalwahl 2021
Vorlage: 01/2021/0094
- TOP 28 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 01/2021/0111
- TOP 29 Überplanmäßige Auszahlung für das Projekt P4009-002 An- und Ausbau Kindertagesstätten/ I40018-P03 Kindergarten Oldendorf
Vorlage: 01/2021/0071
- TOP 30 Überplanmäßige Auszahlungen für das Jahr 2020 im Produkt 362-01 Jugendarbeit
Vorlage: 01/2021/0062
- TOP 31 Außerplanmäßige Auszahlungen für das Produkt 211-01
Vorlage: 01/2021/0098
- TOP 32 Defizit-Finanzierung der Kindertagesstätten in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0100
- TOP 33 Neubesetzung des Schiedsamtes für den Bereich der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0074
- TOP 34 Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung
Vorlage: 01/2021/0097
- TOP 34.1 Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung; Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 03.03.2021
Vorlage: 01/2021/0097/1
- TOP 35 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr St. Annen
Vorlage: 01/2021/0059
- TOP 36 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr St. Annen
Vorlage: 01/2021/0058
- TOP 37 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Oldendorf
Vorlage: 01/2021/0088

- TOP 38 Antrag zur Änderung der Wahlordnung für das Jugendparlament
Vorlage: 01/2021/0033
- TOP 39 Ökologische Belange in der Stadtentwicklung
Vorlage: 01/2021/0048
- TOP 40 Bebauungsplan "Im Wievenkamp", Melle-Gesbold
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2021/0040
- TOP 41 Bebauungsplan "Im Wievenkamp", Melle-Gesbold; hier:
Beschluss über den städtebaulichen Erschließungsvertrag
Vorlage: 01/2021/0083
- TOP 42 Bebauungsplan "Westlich Viktoriastraße"
Beschluss über die Abwägung
Satzungsbeschluss
Vorlage: 01/2021/0045
- TOP 43 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für die Jahre 2021 und 2022
Vorlage: 01/2021/0061
- TOP 44 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt alle Anwesenden. Er bemerkt, dass im Vorfeld der Sitzung bei allen Anwesenden ein Corona-Schnelltest durchgeführt worden sei, die Mindestabstände während der Sitzung eingehalten würden und es eine Maskenpflicht gebe, um eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Zudem seien alle Anwesenden gebeten worden, die „LucaApp“ herunterzuladen und diese beim Eintritt in den Sitzungsraum zu aktivieren. Er bedankt sich beim Deutschen Roten Kreuz für die heute durchgeführten Testungen sowie bei allen an den Vorbereitungen der Sitzung Beteiligten. Danach stellt er angesichts der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit von 40 Ratsmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzender informiert, dass die Fraktionen sich im Vorfeld der Sitzung auf eine Redezeitbegrenzung geeinigt hätten, um so trotz der Möglichkeit der Durchführung des politischen Prozesses eine möglichst zügige Abarbeitung der Tagesordnungspunkte zu gewährleisten. Anschließend gratuliert er allen Ratsmitgliedern, die seit der letzten Ratssitzung Geburtstag hatten.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender stellt fest, dass allen Ratsmitgliedern heute zwei Versionen der Tagesordnung in Papierform vorgelegt würden. Er erklärt, dass in einer Version der TOP „Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung“ eingebunden sei und dieser TOP in der zweiten Version nicht enthalten sei. Dieser Vorgehensweise läge ein Antrag des Bürgermeisters zugrunde, dass dieser TOP von der heutigen Sitzung abgesetzt werden solle. Das betreffe dann auch den dazugehörigen Antrag der CDU/FDP-Gruppe. Darüber hinaus gebe es auch eine Änderung in der Reihenfolge der auf der Einladung aufgeführten Anträge. So seien die Anträge jetzt nach Fraktionen geordnet worden und die Anträge, welche unter TOP 8.2 und 8.3 zum Haushalt 2021/2022 aufgeführt worden seien, sollen nun unter einem eigenen TOP behandelt werden. Vorsitzender teilt mit, dass er über die vorgeschlagene Änderung der Tagesordnung abstimmen lassen werde.

Herr Reehuis teilt mit, dass er es nicht befürworte, den TOP „Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung“ von der Tagesordnung abzusetzen. Er weist darauf hin, dass eine Diskussion bzgl. der Kläranlagen geführt werden müsse. Dieses sei jedoch unabhängig von dem Thema „Klärschlamm-trocknung“. Daher könne die Klärschlamm-trocknung separat und heute behandelt werden. Sollte es von einem Unternehmen hierzu dann doch noch ein neues Konzept geben, gebe es noch viele Fragen zu klären. Man könne prognostizieren, dass noch über viele Jahre eine Klärschlamm-trocknung vorgesehen werden müsse. Jetzt habe man die Möglichkeit, in eine Kooperation einzusteigen. Sollte dieses nicht geschehen, werde die Diskussion nur verschoben und man habe weder finanziell, noch ökologisch einen Vorteil.

Herr Kruse bemerkt, dass unter dem Tagesordnungspunkt „Feststellung der Tagesordnung“ keine Sachdiskussion erfolgen sollte. Er bestehe darauf, dass es nach kurzer Erläuterung durch den Bürgermeister zu einer Abstimmung bzgl. der Tagesordnung komme.

Bürgermeister informiert, dass in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses mehrheitlich der Beschluss gefasst worden sei, dass er heute die Absetzung des Tagesordnungspunktes beantragen solle. Es seien noch verschiedene offene Fragen zu diesem Thema zu klären.

Herr Plaß teilt mit, dass er ebenfalls gegen die Absetzung des Tagesordnungspunktes zum Thema „Klärschlamm-trocknung“ sei. Es gebe keine neuen gravierenden Erkenntnisse und er sehe daher keinen Grund, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu behandeln.

Vorsitzender erklärt, dass er nun zuerst über die Tagesordnung ohne die TOPs 34 u. 34.1 „Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung“ abstimmen lassen werde.

Der Rat der Stadt Melle beschließt mit 21 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen die heutige Tagesordnung **ohne** den Tagesordnungspunkt „Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung“.

Herr Wüsthube möchte zur Tagesordnung wissen, wieso die Anträge der Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt „Haushalt 2021/2022“ behandelt würden. Dieses mache seiner Meinung nach keinen Sinn.

Bürgermeister erklärt, dass man bei Aufstellung der Tagesordnung nicht gewusst habe, wie man sich interfraktionell verständigen werde. Daher habe es den Ansatz gegeben, zuerst den Haushalt zu beschließen und dann die einzelnen Anträge zu behandeln. In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses sei die Möglichkeit, die Anträge vor dem Haushalt zu behandeln, besprochen worden. Es sei jedoch Wunsch der Fraktionen gewesen, es bei der geplanten Vorgehensweise zu belassen.

Vorsitzender fasst abschließend zusammen, dass die Tagesordnung ohne den Tagesordnungspunkt „Interkommunale Kooperation zur Klärschlamm-trocknung“ beschlossen worden sei und zudem der Tagesordnungspunkt „Antrag CDU/FDP-Gruppe: Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung, Festlegung von Ausbaustandards, Erstellung Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten u. ein Moratorium für Straßenausbau“ vor dem Tagesordnungspunkt „Haushalt 2021/2022“ behandelt werde.

**TOP 3 Feststellung eines Sitzverlustes, Einführung eines neuen Stadtratsmitgliedes, Pflichtenbelehrung und Verpflichtung
Vorlage: 01/2021/0079**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle stellt durch Beschluss fest, dass Herr Mirco Bredenförder aufgrund seiner schriftlichen Verzichtserklärung vom 28.01.21 seinen Sitz im Rat der Stadt Melle gem. § 52 Abs. 1 Ziffer 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) verloren hat. Nach den Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes (NKWG) geht der Sitz auf Frau Anja Lange-Huber über.

Vorsitzender dankt Herrn Bredenförder im Namen des Rates der Stadt Melle für die engagierte Mitarbeit in den letzten Jahren und wünscht alles Gute für die Zukunft und heißt Frau Lange-Huber als neues Ratsmitglied herzlich willkommen.

Bürgermeister begrüßt Frau Lange-Huber. Er verpflichtet sie nach § 60 NKomVG und weist sie auf die Pflichten gemäß den Vorschriften der §§ 40 bis 42 NKomVG hin.

Frau Lange-Huber teilt mit, dass sie sich auf die Aufgaben im Rat der Stadt Melle und eine gute Zusammenarbeit mit allen freue.

**TOP 4 Nachbesetzung in Ausschüssen / Nachbesetzung im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Melle GmbH
Vorlage: 01/2021/0091**

Vorsitzender erläutert die Beschlussvorlage.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Nach der Niederlegung des Ratsmandates durch Herrn Mirco Bredenförder stellt der Rat durch Beschluss fest, dass die nachfolgenden Ausschüsse durch Frau Anja Lange-Huber besetzt werden:

- Ausschuss für Bildung und Sport
- Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft
- Betriebsausschuss
- Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung (Vertretung)
- Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration (Vertretung)

Ferner wird durch Beschluss festgestellt, dass Frau Anja Lange-Huber als Vertreterin in den Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe Melle GmbH entsandt wird.

Die Besetzung in den Ausschüssen und im Aufsichtsrat der Wirtschaftsbetriebe erfolgt bis zum Ende der laufenden Wahlperiode.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

- keine

TOP 6 Genehmigung des Protokolls vom 17.12.2020

Das Protokoll wird ohne Einwände und Ergänzungen einstimmig genehmigt.

TOP 7 Bericht der Verwaltung

-Bürgermeister teilt mit, dass er aufgrund der langen Tagesordnung und der Bedeutung des Themas „Haushalt 2021/2022“ auf einen Bericht verzichten werde. Er werde jedoch selbstverständlich unter dem Tagesordnungspunkt „Wünsche und Anregungen“ bei Bedarf zu einzelnen aktuellen Themen Auskunft erteilen.

**TOP 8 Antrag CDU/FDP-Gruppe: Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung, Festlegung von Ausbaustandards, Erstellung Prioritätenliste für Straßenausbauten nebst Klärung von Erschließungsbeitragspflichten u. ein Moratorium für Straßenausbau
Vorlage: 01/2021/0010**

Herr Kruse unterstreicht, dass man heute die Möglichkeit habe, eine Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Finanzierungsgerechtigkeit im Bereich des Straßenausbaus in der

Stadt Melle zu erreichen. Mit dem vorliegenden Antrag der CDU/FDP-Gruppe werde nun endlich eine Lösung zur Abstimmung gestellt. In der Vorberatung habe sich angedeutet, dass sowohl die UWG als auch die SPD-Fraktion und die Antragsteller der CDU/FDP-Gruppe diesen Antrag weitestgehend mittrügen. Er erklärt, dass der Antrag die Grundaussage enthalte, dass die Straßenausbaubeiträge in der Stadt Melle abgeschafft werden. Dieses bedeute aber, dass die Straßenausbaumaßnahmen zukünftig ausschließlich aus Steuermitteln finanziert würden. Man sei dann den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr als bisher Rechenschaft darüber schuldig, warum, wann und mit welchen technischen Standards Straßen ausgebaut würden. Daher sehe der Antrag vor, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der politischen Fraktionen und fachlich zuständigen Mitarbeitern der Verwaltung, einzurichten. Hier müssten Standards erarbeitet und festgelegt werden. Eine Prioritätenliste für innerörtliche Straßen müsse entwickelt werden. Neben dem aktuellen Zustand sei auch die Nutzung, z. B. durch Fahrradfahrer, ein wichtiger Punkt. Es könne so auch die Bedeutung der Ortsräte gestärkt werden. Durch deren regelmäßige Bewertung würden, in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt, immense Vorarbeiten geleistet. Hinsichtlich des Umfangs der Prioritätenliste stellt Herr Kruse klar, dass nicht jede Straße aufgeführt werden müsse, sondern nur Straßen, bei denen in den nächsten Jahren eine Ausbaumaßnahme geplant werden solle. Für die Zeit, in der die Arbeitsgruppe Standards, Kriterien und eine Prioritätenliste erarbeitet, solle eine Unterbrechung des Straßenausbaus für die Maßnahmen, bei denen noch keine Auftragsvergabe von Bauleistungen erteilt sei, erfolgen. Dieses Moratorium könne jederzeit durch einen Beschluss des Rates der Stadt Melle beendet werden. Die Voraussetzung sei, dass eine Einigung über die Ausbaustandards und die Prioritätenliste gefunden und durch einen Ratsbeschluss festgestellt werde. Einige Ratsmitglieder befürchteten, dass diese Entscheidung zu einem Sanierungsstau führe. Daher sei es wichtig, sich zügig auf Standards zu verständigen. Man vertraue hier darauf, dass man schnell zu einer Lösung mit der Verwaltung komme. Zusammenfassend stellt Herr Kruse fest, dass man den Straßenausbau transparenter und gerechter mache. Zudem würden die Ortsräte gestärkt und der Ausbau der Straßen in der Stadt Melle neu aufgestellt.

Herr Wüsthube ist der Meinung, dass die CDU/FDP-Gruppe bewusst sechs Monate vor der Kommunalwahl den Antrag zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung gestellt habe. Wählerinnen und Wähler sollen so gewonnen werden. Später werde man dann feststellen, dass die Bürgerinnen und Bürger zwar nichts mehr bezahlen müssen, sie würden allerdings auch keine neuen Straßen, Wasserleitungen, Abwasser- und Regenwasserkanäle bekommen. Man wisse nicht, wie lange das Moratorium dauere. Er vermute, dass die Antragsteller sich nicht über eine Gegenfinanzierung einigen konnten. Zudem brauche man wahrscheinlich einen Zeitaufschub, damit diejenigen, die in den letzten Jahren noch Straßenausbaubeiträge gezahlt haben, nicht verärgert seien. Herr Kruse habe vor einigen Monaten noch gesagt, dass die Stadt Melle ohne Straßenausbaubeiträge und ohne Gegenfinanzierung zum Ruhrgebiet des Nordens werde. Herr Wüsthube betont, dass ohne Sanierungen der Zustand der Straßen schlechter würde, die Wasserleitungen häufiger platzen und Abwasserkanäle undichter würden. Er gibt zu bedenken, ob dieses wirklich gewollt sei. Sanierungen hätten auch etwas mit Umweltschutz zu tun. Eine für Investitionen vorgesehene Summe in Höhe von ca. 5,5 Mio. € werde heute aus dem Haushaltsplan gestrichen, wenn dem Antrag zugestimmt werde. In vier bis fünf Jahren stehe man so vor einem großen Sanierungsstau. Auch dann wisse man nicht, ob Maßnahmen umgesetzt würden, da sie grundsätzlich unter einem Finanzierungsvorbehalt stünden. Seine Fraktion fordere, dass der Punkt vier und der Punkt drei aus dem Antrag gestrichen werde. Er schlage vor, die Investitionen für die Straßen, Kanäle und Wasserleitungen im Haushalt zu belassen. Er plädiere für die Annahme des Haushaltsvorschlages B der Verwaltung. Hier sei eine moderate und hinnehmbare Neuverschuldung vorgesehen. Falls über den vorliegenden Antrag in Gänze beschlossen werde, könne er dem Haushalt 2021/2022 nicht zustimmen und er werde sich enthalten. Abschließend teilt er mit, dass er hoffe, dass der neue Rat der Stadt Melle ab November dieses Jahres so zusammengesetzt sei, dass das Moratorium so

schnell wie möglich beendet werde und so der Kollateralschaden beseitigt werde, der durch diesen Antrag verursacht werde.

Herr Spiekermann teilt mit, dass die UWG bereits vor drei Jahren den Vorschlag gemacht habe, die Straßenausbaubeitragssatzung abzuschaffen. Damals sei keine Gegenfinanzierung aufgezeigt worden und der Antrag daher abgelehnt worden. Auch der Vorschlag mit einer Gegenfinanzierung sei nicht auf Zustimmung gestoßen. Man habe nicht gewollt, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert worden wären, dass dann eine Finanzierung über den allgemeinen Haushalt oder durch zusätzliche Verschuldungen erfolge. Möglicherweise hätte man auch Maßnahmen streichen müssen. Herr Spiekermann bemerkt, dass der nun vorliegende Antrag der CDU/FDP-Gruppe auch keine Gegenfinanzierung aufzeige. Zudem werde es keine Straßenausbaumaßnahmen außer der Bismarckstraße auf unbestimmte Zeit geben. Es seien vor der Kommunalwahl keine Steuererhöhungen und kein Wegfall von Leistungen gewollt und so hätten die Bürgerinnen und Bürger die Konsequenz in den nächsten Jahren zu tragen.

Herr Hunting teilt mit, dass in den letzten zwei Jahren intensiv über das Thema „Straßenausbaubeitragssatzung“ diskutiert worden sei. Viele verschiedene Facetten seien eingebracht worden. Die Grundtendenz seiner Fraktion sei immer gewesen, dass die derzeit gültige Straßenausbaubeitragssatzung nicht mehr mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Melle in Einklang zu bringen sei. Daher sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass ein anderes System zum Einsatz kommen müsse. Man müsse sich damit auseinandersetzen, wie man mit den zukünftigen Standards umgehen wolle. Auch über die Themen „Kriterien“ und „Prioritäten“ müsse man sich Gedanken machen. Über die Abgrenzung zwischen Erschließungsstraßen und Maßnahmen nach einer möglichen Straßenausbaubeitragssatzung seien die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld zu informieren. Insbesondere in den Stadtteilen gebe es noch viele Straßen, die derzeit noch nicht als erschlossen anzusehen seien. Hier müssten die Anwohnerinnen und Anwohner auch informiert werden, dass möglicherweise Erschließungsbeiträge auf sie zukämen. Herr Hunting teilt ferner mit, dass, sollte es heute zu einer Beschlussfassung kommen, die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mit Straßenausbaubeiträgen belastet würden. Dieses bedeute jedoch auch, dass alle derzeit noch nicht ausgebauten Straßen sich einheitlichen Kriterien unterwerfen müssten. Er könne dem vorliegenden Antrag der CDU/FDP-Gruppe in allen Punkten zustimmen.

Herr Boßmann betont, dass aus seiner Sicht alle Punkte des vorliegenden Antrags zustimmungsfähig seien. Die Frage des Moratoriums könne ggf. noch einmal beobachtet werden. Er sei zuversichtlich, dass ein Moratorium nicht Jahre andauere. Die Politik werde genau hinschauen, wie lange sich die Festlegung der Standards und die Neubewertung der Straßen hinzögen. Auch die Politiker des zukünftigen Rates der Stadt Melle würden hier sicherlich aufmerksam das Thema verfolgen. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Antrag zustimmen. Er bemerkt abschließend, dass man seiner Meinung nach ein halbes Jahr verloren habe, da nicht bereits in der Sitzung des Rates der Stadt Melle im Juli 2020 dem damals vorliegenden Antrag auf Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung mehrheitlich zugestimmt worden sei. Für die Bürgerinnen und Bürger sei mit dem nun vorliegenden Antrag klar, dass sie keine Straßenausbaubeiträge mehr zu leisten hätten.

Herr Thöle teilt mit, dass seine Fraktion der Meinung sei, dass es in der Vergangenheit wenig Probleme mit der Straßenausbaubeitragssatzung gegeben habe und immer Lösungen gefunden worden seien. Härtefälle seien die Ausnahme gewesen. Trotzdem habe man den vorliegen Antrag mit erarbeitet, um zu einer gemeinsamen mehrheitlichen Lösung zu kommen. Hätte man dem im Juli 2020 vorliegenden Antrag bereits zugestimmt, hätte es keine Prioritätenlisten, Standards usw. gegeben. Er bemerkt, dass im Moment keine finanzielle Deckung vorgesehen sei. So würden die Schulden erhöht und seiner Meinung nach würde der Rat der Stadt Melle in zwei bis drei Jahren über Steuererhöhungen beraten müssen. Er gehe davon aus, dass in den nächsten zwei Jahren kein weiterer Ausbau stattfinde. Dann sei es jedoch wichtig, in den Erhalt der Substanz zu investieren und es müsse klar sein, dass der Haushalt dadurch belastet werde.

Herr Marahrens betont, dass er die Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung nicht begrüße. Der eingebrachte Antrag der CDU/FDP-Gruppe sei jedoch der kleinste gemeinsame Nenner. Seiner Meinung nach würden viele Politiker vor der Kommunalwahl klein beigeben. Im Außenbereich Melle gebe es 650 km Gemeindestraßen. Ein Kilometer Straße koste im Sanierungsbereich zwischen 120.000,00 € und 150.000,00 €. Ca. 400.000,00 € seien jedes Jahr für die Sanierung ausgegeben worden. Es gebe öffentlich gewidmete und Straßen, die sich im Privateigentum der Stadt Melle befänden. Die öffentlich gewidmeten Straßen müssen aufgrund der Verkehrssicherungspflicht saniert werden. Die Straßen im Privatbesitz der Stadt Melle würden übersehen werden oder die Anlieger zur Beteiligung oder Übernahme der Kosten aufgefordert.

Bürgermeister betont, dass die Verwaltung in den letzten zwei Jahren die Diskussion um die Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung aktiv begleitet habe. Hier seien die Gespräche durch viel Sachlichkeit, Ausführlichkeit und Verständnis geprägt worden. Natürlich habe es immer unterschiedliche Grundannahmen gegeben. Es sei lange gerungen und viele Veranstaltungen der einzelnen Gruppen durchgeführt worden. Anwohnerinnen und Anwohner hätten ihre Sorgen vorgetragen. Straßenausbaubeiträge würden bundesweit diskutiert und häufig von den Betroffenen negativ gesehen. Es gehe dabei um Gerechtigkeit und die Frage, wie die notwendige Summe finanziert werden solle. Dieses Anliegen nehme er ernst. Bei der Stadtverwaltung und dem Bürgermeister sei der Blick über die Wahlperiode hinweg weit voraus gerichtet. Es gehe um Verantwortung und darum, welche Lasten man der nächsten Generation hinterlasse. Es gehe sowohl um die Frage der Finanzierung, als auch um die des Eigentums und Vermögens. Die Stadt habe kein eigenes Geld. Vielmehr rede man über das Geld der 48.000 Meller Bürgerinnen und Bürger. Es gebe nur einen Gesamthaushalt, der durch die Einnahmen von Gewerbe-, Einkommenssteuer, Gebühren usw. gespeist werde. Bürgermeister unterstreicht, dass die Diskussion bis zum neuerlichen Antrag sehr konstruktiv und ehrlich gelaufen sei. Man habe überlegt, ob die Änderungen und Erleichterungen, die das Land Niedersachsen eingeführt habe, als Maßstab genommen werden sollten. Man habe ehrlich über eine mögliche Erhöhung der Grundsteuer gesprochen. Es gebe sowohl Bürgerinnen und Bürger, die vor einigen Jahren von Straßenausbaubeiträgen betroffen gewesen seien und welche, die gerade zu 100% eine neue Straße bezahlt hätten und nun möglicherweise auch durch Steuererhöhungen betroffen seien. Er sei bereit, diese Wege mitzugehen, man müsse jedoch ehrlich sein. Wenn Maßnahmen gestrichen oder verschoben würden, stelle sich die Frage, wie man mit dem Vermögen, in diesem Fall seien dieses die Straßen, der Stadt Melle umgehe. Dadurch komme es zu einem Investitionsstau und somit zu einem Vermögensverzehr. Hierunter müsse die nächste Generation leiden. Dieses halte er nicht für richtig. Es müsse ehrlich gesagt werden, wie die Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen erfolgen solle. Bürgermeister betont abschließend noch einmal, dass die Diskussion in den letzten Jahren sehr gut gewesen sei. Es habe sehr gute Ansätze gegeben. Das Vorgehen, die Straßenausbaubeiträge zu streichen, ohne zu sagen, wie die Finanzierung erfolgen solle, und zudem Maßnahmen zu streichen, halte er politisch und vor allem gegenüber den Steuerzahlern für nicht verantwortlich.

Vorsitzender informiert, dass vereinbart worden sei, über alle Punkte des vorliegenden folgenden Antrags der CDU/FDP-Gruppe einzeln abzustimmen:

Die CDU/FDP-Gruppe hat mit Schreiben vom 28. Dezember 2020 folgenden Antrag gestellt:

Der Rat der Stadt Melle möge in seiner nächsten Sitzung folgenden Beschluss fassen:

1. Die Satzung der über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Melle wird aufgehoben. Hierfür beschließt der Rat der Stadt Melle die dem Antrag der UWGFraktion vom 27.02.2020 beigefügte Aufhebungssatzung.

2. Der Rat der Stadt Melle setzt eine Arbeitsgruppe ein, die folgende Zielsetzungen hat:
 - a) die Erarbeitung von einheitlichen Standards für zukünftig auszubauende Stadtstraßen;
 - b) die Erarbeitung von Kriterien für eine Prioritätenliste für den Ausbau städtischer Straßen;
 - c) die Erarbeitung einer konkreten Prioritätenliste für den zukünftigen Ausbau von Stadtstraßen sowie vorgelagert die Erarbeitung von tauglichen Kriterien, unter denen insbesondere der aktuelle Zustand der jeweiligen Straße unter besonderer Berücksichtigung etwaiger aktueller Sicherheitsrisiken durch Beschädigungen, ihre Nutzungsintensität und ihre Relevanz für die Schulwege Beachtung finden.
3. Neben der Erstellung einer Prioritätenliste wird die Verwaltung beauftragt, eine Auflistung aller Straßen im Stadtgebiet zu erstellen, die noch nicht ersterschlossen und damit ggf. erschließungsbeitragspflichtig wären.
4. Der Rat der Stadt beschließt zunächst ein Moratorium für alle derzeit für den Ausbau geplanten Straßenausbaumaßnahmen, die sich noch nicht in der Umsetzung befinden. Nach Definition der Ziele gem. Ziff. 2 werden dann die Maßnahmen nach der Prioritätenliste abgearbeitet. Sämtliche Maßnahmen stehen dabei grundsätzlich unter einem Finanzierungsvorbehalt.

Der Rat der Stadt Melle fasst folgende Beschlüsse:

- Punkt 1:** Mit 37 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen.
- Punkt 2:** Einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen.
- Punkt 3:** Mit 33 Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich beschlossen
- Punkt 4** Mit 30 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich beschlossen

TOP 9 **Haushalt 2021 / 2022 incl. mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung 2019 - 2025**
Vorlage: 01/2021/0092

s. Protokoll TOP 9.1.

TOP 9.1 **Haushalt 2021 / 2022 incl. mittelfristiger Ergebnis- und Finanzplanung 2019 - 2025 (Ergänzung vom 12.03.2021)**
Vorlage: 01/2021/0092/2

Herr Hensiek erläutert die Beschlussvorlage zum Haushalt 2021/2022 anhand einer Präsentation (s. Anlage). Er erklärt, dass nach der Einbringung des Haushaltes in der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 17.12.2020 einige redaktionelle Ergänzungen vorzunehmen gewesen seien und die in der Sitzung nach der Einbringung des Haushaltes gefassten Beschlüsse umzusetzen seien. Unterlagen, in denen die Änderungen abgebildet

wurden, seien vorgelegt worden. Zudem seien die Veränderungen im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft ausführlich erläutert worden. Es gebe im Verhältnis zum Gesamthaushaltsvolumen von rund 100 Mio. € marginale Veränderungen zur Haushaltseinbringung. Im Haushaltsjahr 2021 plane man mit einem Überschuss in Höhe von 1,8 Mio. € und im Jahr 2022 in Höhe von 1,6 Mio. €. Er weise noch einmal darauf hin, dass man bei den Planungen die Steuerschätzungen aus Herbst 2020 zugrunde gelegt habe. Zu diesem Zeitpunkt seien die Folgen des Lockdowns noch nicht abzusehen gewesen. Es gebe zwar noch keine Anzeichen, dass es grundlegende Abweichungen zu den veranschlagten Zahlen gebe, die Steuerschätzung würde jedoch erst im Mai erwartet. Insofern müssten die vorgelegten Zahlen mit größter Vorsicht angesehen werden. In den Planungen seien die vollen Beträge veranschlagt worden. Im Jahr 2021 habe man einen ausgeglichenen Finanzhaushalt von 114,0 Mio. € und im Jahr 2022 mit 109,0 Mio. €. Hier sei die Neuverschuldung bereits eingerechnet worden. Herr Hensiek weist auf das Budget für die Kindertagesstätten hin. Bis heute sei hierzu noch keine finale Entscheidung getroffen worden, wie zukünftig die Finanzierung durch den Landkreis erfolgen solle. Für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 habe man auf Basis der angekündigten Finanzierung geplant. In der weiteren mittelfristigen Planung erwarte man, 50% der Ist-Kosten zu erhalten. Hier könnte es noch zu Veränderungen kommen, da noch keine endgültige Verhandlung erfolgt sei. Im Ergebnis sei zu sehen, dass in den letzten Jahren sehr solide gewirtschaftet worden sei und dieses, sofern die Einnahmesituation so anhalte, fortgeführt werde. Die Rücklagen hätten eine komfortable Höhe von ca. 60,9 Mio. € zum Ende 2020 erreicht und würden im mittelfristigen Zeitraum bis 74,3 Mio. € ansteigen. Hierbei seien jedoch eine positive Steuerentwicklung und die noch ungeklärte Kita-Finanzierung veranschlagt worden. Im Finanzhaushalt habe man ein erhebliches Investitionsvolumen veranschlagt. Im Jahr 2021 habe man einen Betrag in Höhe von 22,8 Mio. € und im Jahr 2022 in Höhe von 16,7 Mio. € im Finanzhaushalt für das Investitionsvolumen veranschlagt. Dieses sei ohne eine Neuverschuldung nicht möglich. So sei für das Jahr 2021 eine Kreditaufnahme in Höhe von 9,2 Mio. € bei einer Tilgung von 3,4 Mio. € und im Jahr 2022 einen Betrag in Höhe von 8,1 Mio. € bei einer Tilgung von 3,8 Mio. € notwendig. Insgesamt steige die Sollverschuldung, wenn alle Maßnahmen durchgeführt und die Kredite aufgenommen würden, bis zum Jahr 2022 auf ca. 63,5 Mio. €. Herr Hensiek erläutert, dass hier noch die Verpflichtungsermächtigung für Investitionen hinzukämen, die zu Lasten folgender Jahre in 2021 und 2022 durchgeführt werden können. Insgesamt sei hier eine Summe von 15,8 Mio. € veranschlagt worden. Für die Jahre 2021/2022 habe man sich ein Programm mit einem Investitionsvolumen in Höhe von ca. 74,0 Mio. € vorgenommen. Zur Schuldenstandentwicklung informiert er, dass in den folgenden Jahren, sollten alle geplanten Maßnahmen umgesetzt werden, eine Steigerung zu erwarten sei. Bis zum Jahr 2023 gehe man hier von über 65,0 Mio. € aus. Danach verringere sich die Schuldenstandentwicklung zwar, er gehe jedoch nicht davon aus, dass es dann tatsächliche gelinge, die Verschuldung zurückzufahren. Herr Hensiek teilt mit, dass die Steuerhebesätze im Haushalt 2021/2022 unverändert blieben. Zusammenfassend stellt er fest, dass man sich einen dauerhaft leistungsfähigen Haushalt erarbeitet habe und die Chancen der Ertragsentwicklung abgebildet seien. Es seien jedoch auch Risiken vorhanden, da nicht gesichert sei, ob die Einnahmeentwicklung den Prognosen entsprechen werde. Die Investitionsermächtigungen lägen bei 55,0 Mio. € für die Haushaltsjahre 2021/2022 und die Verschuldungsquote bliebe trotzdem im Rahmen der gesteckten Ziele. Das Programm zeige deutlich auf, dass weiter in die Stadt Melle investiert werde und der Sanierungsstau weiter abgearbeitet werde. Dennoch solle man auf die Weiterentwicklung der Verschuldung schauen. Es sei wichtig, Überlegungen anzustellen, ob es zukünftig auch möglich sei, in diesem Rahmen weiter zu investieren und wie man langfristig aufgestellt sein könnte. Herr Kruse dankt beginnend allen Mitarbeitern der Verwaltung, die an der Aufstellung des Haushaltes 2021/2022 beteiligt gewesen waren, für die geleistete Arbeit. Bei der Einbringung des Haushaltes in der Sitzung des Rates der Stadt Melle am 17.12.2020 sei das Thema „Nachhaltigkeit“ in den Mittelpunkt gestellt worden. Hier gehe es darum, dass gewährleistet

sei, dass künftige Generationen nicht schlechter gestellt sein sollen als gegenwärtige. In einer interfraktionellen Runde der finanzpolitischen Sprecher aller Fraktionen habe man nach diesem Grundsatz eine Optimierung des von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurfes 2021/2022 aufgrund diverser von den Fraktionen vorgelegten Anträge vorgenommen. Hierbei hätten die einzelnen Themen und das Streben nach einer möglichst einvernehmlichen Beschlussfassung zum Haushalte 2021/2022 im Vordergrund gestanden. Es seien folgende Ergebnisse durch die interfraktionelle Runde vorgelegt worden: 1. Die Unterstützung Meller Vereine in der Corona-Pandemie soll im Jahr 2021 mit 100.000,00 € unter Federführung des Ehrenamtsbüros aufgenommen werden. 2. Die Mittel des Ortsrates Melle-Mitte werden jährlich um 2.200,00 € aufgestockt für die Beseitigung der Vermüllung im Gewerbegebiet Gerden-Süd incl. der Aufstellung mobiler Toiletten. 3. Die Mittel für Rath austreppenkonzerte werden auf insgesamt 10.000,00 € zusammengeführt und erhöht. 4. Die ausfallenden Elternbeiträge für Kindertagesstätten aus Januar und Februar 2021 in Höhe von 140.000,00 € werden übernommen. 5. Zur Optimierung der Buslinien im öffentlichen Personennahverkehr werde es ab dem Jahr 2022 eine Erhöhung um 60.000,00 € als Allgemeintitel geben. Hier sollen jedoch erst Abstimmungsgespräche mit dem Landkreis Osnabrück erfolgen und die Mittel seien daher mit einem Sperrvermerk versehen. 6. Die bestehenden Wohnmobilstellplätze am „Grönegaubad“ werden vorerst befestigt. Dafür seien maximal 25.000,00 € vorgesehen. Eine grundsätzliche Integrierung von Wohnmobilstellplätzen im neuen Konzept für den „Grönegaupark“ solle erfolgen. 7. Alle Fraktionen haben in einem gemeinsamen Antrag eine Erweiterung des Stellenplans um eine halbe Stelle für den Klimaschutz gefordert. Hierfür seien zusätzliche Personalkosten in Höhe 39.900,00 € p.a. erforderlich. Herr Kruse stellt zusammenfassend fest, dass alle Maßnahmen Geld kosten, jedoch verantwortbar seien. Es gebe jedoch noch weitere interfraktionelle Wünsche: 8. Für den Ausbau einer Dachterrassennutzung in der Kita Oldendorf werde ein Anteil von 30.000,00 € auf die Gesamtbaukosten veranschlagt. 9. Die Mittel für die Beschaffung von Spielgeräten auf den 204 Meller Spielplätzen werden im Jahr 2021 einmalig auf 50.000,00 € erhöht. Hierdurch sind notwendige Ersatzbeschaffungen möglich und dieses dient der Sicherheit der Kinder. 10. Im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau ist der Antrag für das Förderprogramm „Regenwassernutzung“ einstimmig beschlossen worden. Hierfür stehen gemäß Förderrichtlinie jährlich 10.000,00 € zur Verfügung. 11. Es ist beschlossen worden, vorerst kein zusätzliches Budget für ein Konzept für die Neuausrichtung von Kläranlagen einzuplanen. Hier sollen die beauftragten Untersuchungsergebnisse abgewartet werden. 12. Es wird vorgeschlagen für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus für die Jahr 2021 und 2022 jeweils 100.000,00 € einzuplanen. Ziel sei es, bezahlbaren Wohnraum für alle dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Herr Kruse informiert, dass die interfraktionelle Runde sich zudem mit der Auswirkung auf die kommenden Haushalte des im vorherigen Tagesordnungspunkt behandelten Themas zur Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung beschäftigt habe. Dabei käme nun das Szenario A (ohne Straßenausbaubeiträge/ohne beitragsfinanzierte Maßnahmen) zum Tragen. Im Finanzhaushalt führe das nun angewandte Szenario A zu positiven Gesamtaspekten hinsichtlich Kreditbedarf und Schuldenstandentwicklung. Er weist jedoch darauf hin, dass durch die Wiederaufnahme der Straßenausbaumaßnahmen nach dem Moratorium die Gesamtverschuldung der Stadt Melle wieder deutlich zunehmen werde. Zwar sei dieses allen bewusst, jedoch müsse allen auch klar sein, dass nur durch niedrigere Ausbaustandards die Lücke der ausbleibenden Eigenbeiträge der Anlieger zu schließen sei. Seiner Meinung nach könne es zukünftig einen Straßenausbau wie bisher nicht geben. Mit dieser Thematik werde sich die Arbeitsgruppe beschäftigen. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft habe in seiner Sitzung am 18.03.2021 die Annahme des Doppelhaushaltes 2021/2022 im Szenario A einstimmig bei einer Enthaltung empfohlen und in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses sei dieses ebenfalls einstimmig erfolgt. Herr Hunting teilt beginnend mit, dass mit dem Haushalt 2021/2022 ein guter Beitrag geleistet werde, die Stadt Melle zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Auch auf aktuelle Entwicklungen wie z. B. die Corona-Pandemie werde eingegangen und hierfür finanzielle

Ressourcen zur Verfügung gestellt. Heute habe man über einen gemeinsam von allen Fraktionen entwickelten Haushalt zu entscheiden, wodurch die Weiterentwicklung und die Zukunftsfähigkeit der Stadt Melle möglich sei. Es zeige sich, dass man in den letzten mindestens fünf Jahren sehr sparsam mit den Steuergeldern umgegangen sei. Ansonsten wäre man jetzt nicht so gut aufgestellt und in der Lage, einen derartigen Haushalt zu verabschieden. Er dankt der Verwaltung für eine schlüssige Verwaltungsvorlage zum Haushalt 2021/2022. Alles Wesentliche sei in den Beratungen der einzelnen Fachausschüsse erörtert und diskutiert worden. Es habe Strategiekonferenzen gegeben, in denen die grobe Linie festgelegt worden sei. Wenn man sich den Verwaltungsentwurf ansehe und eine Risikobewertung vornehme, sehe man überwiegend ein positives Signal. Herr Hunting betont, dass man mehr als fünf Jahre die Steuerhebesätze stabil halten konnte. Bzgl. der Personalentwicklung teilt er mit, dass es wichtig sei, dass die Verwaltung Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger sei und hierfür ausreichend zur Verfügung stehe. Zu den Transferaufwendungen informiert er, dass der Kreistag in seiner letzten Sitzung beschlossen habe, die Kreisumlage nicht zu erhöhen. Er werde sich sehr intensiv dafür einsetzen, dass es zu einer Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung komme, die implementiere, dass 50% der Kita-Kosten vom Landkreis übernommen würden. Herr Hunting informiert, dass man demnächst zu einer Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück bzgl. des Baus der Kreissporthalle kommen werde. Das angedachte Konzept sei gut für die Stadt Melle und die hierfür vorgesehenen Mittel gut angelegt. Trotz der Corona-Pandemie habe der Haushalt bei dem Thema „Bildung und Betreuung“ wieder deutliche Akzente gesetzt. Wesentliche Maßnahmen seien hier berücksichtigt worden. Seiner Fraktion sei nicht erst jetzt die Schaffung von Wohnraum und hier insbesondere von bezahlbarem Wohnraum ein besonderes Anliegen. Erfreulich sei, dass bereits erste Schritte für den Bereich Neue Mitte Nord und für die Erstellung des Jugendzentrums im Haushalt 2021/2022 abgebildet worden seien. Viele Maßnahmen im Bereich Umwelt und Klimaschutz seien ebenfalls haushaltsrelevant und man sei hier sensibel mit den Themen umgegangen. So sei eine zusätzliche halbe Stelle für das Klimaschutzmanagement vorgesehen. Herr Hunting betont abschließend, dass die Haushaltsberatungen trotz schwieriger Rahmenbedingungen, sehr kollegial und präzise zwischen allen Fraktionen und der Verwaltung verlaufen seien. Hierfür dankt er allen Beteiligten.

Frau Tiemann informiert, dass man durch die Coronahilfen von Bund und Land auch in den Jahren 2021 und 2022 insgesamt mit jährlichen Erträgen in Höhe von 44,38 Mio. € rechnen könne. Vergleichend teilt sie mit, dass es in dem Erfolgsjahr 2018 ein Betrag in Höhe von 45,4 Mio. € gewesen sei. Durch die Einnahmen der Gewerbe-, Umsatz- und Einkommenssteuer könne man langfristig arbeiten und investieren. Diese Gelder seien durch die Bürger und die Wirtschaft der Stadt Melle erwirtschaftet worden. Hierfür bedanke sie sich ausdrücklich. Im Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2021/2022 seien Investitionen für Maßnahmen in Höhe von 22,8 Mio. € und 16,7 Mio. € vorgesehen. Hervorzuheben seien hier für ihre Fraktion die Investitionen in Schulen und Kindergärten. Hier würden die Standards immer wieder verbessert und die Prioritätenliste sei noch nicht abgearbeitet. Frau Tiemann teilt mit, dass ein weiterer Baustein die Aufwendungen für die Kinderbetreuung sei. Hier gehe es nicht um Gebäude, sondern um die Bildung der Kinder. Mehr Gruppen und ein höherer Standard bei der Betreuung bedeuteten Aufwendungen in Höhe von insgesamt 14,0 Mio. €. Hier erhoffe man sich jedoch noch eine höhere Beteiligung des Landkreises Osnabrück an den Kosten. Die zum Haushalt 2021/2022 vorliegenden Anträge aller Fraktion würden von ihrer Fraktion mitgetragen. Explizit erwähnt Frau Tiemann den Antrag „Unterstützung Meller Vereine in der Pandemie“. Viele Vereine könnten seit einem Jahr keine Veranstaltungen mehr durchführen und Einnahmen seien dadurch weggefallen. Der Antrag sei gestellt worden, um die Vereine bei einer nachgewiesenen Notlage zu unterstützen. Hierfür wolle ihre Fraktion einen Betrag in Höhe von 100.000,00 € in den Haushalt eingestellt haben. Es sei wichtig, dass das gesellschaftliche Leben in der Stadt Melle auch in der Zukunft einen festen Bestandteil bleibe. Sie erwähnt zudem die Maßnahme bzgl. des Kindergartens in Oldendorf. Hier solle ein Betrag in Höhe von 30.000,00 € in den Haushalt eingestellt werden.

Allerdings wünsche man sich auch die Beteiligung von Sponsoren und des Trägers. Frau Tiemann stellt abschließend fest, dass der Verwaltungsentwurf des Haushaltes 2021/2022 eine Neuverschuldung in Höhe von 8,5 Mio. € bzw. 7,7 Mio. € vorsehe. Durch die vorläufige Herausnahme der Straßenausbaubeiträge für die Eickener Straße und das Gerhart-Hauptmann-Viertel hätten wieder freie Mittel zur Verfügung gestanden. Durch die Wünsche der Politik sei es dann allerdings zu einer weiteren Verschuldung gekommen. Ihre Fraktion werde dem Haushalt 2021/2022 in der vorliegenden Form zustimmen.

Herr Reehuis dankt beginnend der Verwaltung für die gute Begleitung bei den Haushaltsgesprächen. Gemeinsam habe man einen guten Entwurf erarbeitet. Generell sei festzustellen, dass trotz der schwierigen Situation in der derzeitigen Corona-Pandemie der Haushalt für die kommenden Jahre wieder eine gute Einnahmesituation aufweise. Dieses werde durch den prozentualen Anteil der Aufwendungen, welche durch die Steuereinnahmen gedeckt werden können, deutlich. Hier habe man in der Stadt Melle einen Anteil von 67-68 %. So könnten zwei Drittel aller Aufwendungen durch Steuereinnahmen gedeckt werden. Dieses sei ein hervorragender Wert. Die höchsten Einnahmen gäbe es bei den Grundsteuern B mit ca. 6,3 Mio. € und den Gewerbesteuern, die aufgrund der Steuerschätzung mit 31,8 Mio. € bzw. 33,1 Mio. € angesetzt würden. Hier läge man sogar über den Werten des Jahres 2019. Herr Reehuis teilt mit, dass auf der Aufwandsseite die größten Einzelpositionen z. B. die Personalaufwendungen seien. Diese lägen in der Stadt Melle bei 21,6 Mio. € bzw. 22,2 Mio. € und betrügen etwa 22 % der gesamten Aufwendungen. Im Vergleich zu anderen niedersächsischen Kommunen sei diese Quote als niedrig einzuschätzen. Er betont, dass es immer schwieriger werde, gute Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten. Daher sei es wichtig, attraktive Arbeitsplätze zu bieten. Herr Reehuis stellt ferner fest, dass die größte Ausgabengruppe die Transferaufwendungen seien. Diese stiegen um weitere 3,0 Mio. € auf 48,0 Mio. €. Dieses seien fast 50 % aller Ausgaben. Hierzu zähle als größte Position die Kreisumlage. In den beiden kommenden Jahren zahle man hier jeweils fast 28,0 Mio. € an den Kreis. Rückblickend auf das Jahr 2011 teilt er mit, dass die Kreisumlage damals noch 17,7 Mio. € betragen habe. Weitere Transferaufwendungen seien die Kosten für die Kindertagesstätten. Hier würden in den nächsten beiden Jahren Ausgaben von mehr als 14,0 Mio. € erwartet und die Tendenz sei weiter steigend. Dieses bedeute, dass trotz Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück immer noch ein Nettozuschuss um 10,0 Mio. € zu erwarten sei. Die Zinsausgaben seien glücklicherweise aufgrund des niedrigen Zinsniveaus auf unter 0,5 Mio. € gesunken. Im Jahr 2011 habe man noch fast 1,0 Mio. € mehr Zinsen gezahlt. Die Investitionen im Haushalt würden mit 22,7 Mio. € bzw. 17,0 Mio. € angegeben. Dieses sei eine beachtliche Höhe. Herr Reehuis erinnert, dass er bereits bei der Verabschiedung des Haushaltes 2019/2020 darauf hingewiesen habe, dass man es aus unterschiedlichen Gründen nicht schaffe, die veranschlagten Investitionen zu realisieren. Das Rechnungsprüfungsamt attestiere jedes Jahr, dass hohe Überträge von einem Jahr ins nächste gemacht würden. Dabei seien die Investitionen dringend notwendig und es gebe immer noch einen erheblichen Investitionsstau. Hier nenne er beispielsweise die Investitionen in neuen Feuerwehrhäusern, die Schaffung nötiger neuer Kita-Plätze, Schulneu- und anbauen. Zu nennen sei hier exemplarisch die Sanierung der Oberschulen Buer und Neuenkirchen. Er stellt fest, dass an der Oberschule Neuenkirchen die Container bereits vor sieben Jahren aufgestellt worden seien. Auch damals seien die Container schon gebraucht gewesen und das habe zur Folge, dass es dort im Sommer zu heiß und im Winter zu kalt sei. Standardgerechte Fachräume sowie eine Mensa fehlten an der Oberschule Neuenkirchen. Hier gebe es noch einen dringenden Handlungsbedarf. Notwendig sei jedoch auch, ständig in die Unterhaltung der Gebäude zu investieren. Ansonsten drohe ein Substanzverlust des Vermögens. Darauf habe der Ortsrat Gesmold und der SV Viktoria Gesmold bzgl. der Sporthalle dort zu Recht hingewiesen. Auch die Straßen müssten fortlaufend erneuert werden. Die Herausnahme der Erneuerungsmaßnahmen an den Kanälen und der Straße im Gerhart-Hauptmann-Viertel und der Eickener Straße würde die notwendigen Maßnahmen nur aufschieben. Da jedoch aufgrund der Abschaffung der Straßenausbaubeitragsatzung mit einem Moratorium die

Maßnahmen ausgesetzt würden, fände die notwendige Erneuerung nicht statt. Abschließend zitiert er aus der Vorlage der Verwaltung bzgl. der Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung: *„Im Ergebnis ist anzumerken, dass im Szenario A (Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung) bei Streichung aller Maßnahmen, die unter diese Satzung gefallen wären, zwar die Verschuldung gesenkt werden kann, aber entsprechende sinnvolle Maßnahmen der Vermögenserhaltung unterbleiben und einem Vermögensverzehr nicht entgegengewirkt wird. Die Verbesserung der Verschuldung gehe somit einher mit dem Verzicht auf den Abbau des Sanierungsstaus von Straßen.“* Herr Reehuis stellt fest, dass Investitionen Kreditaufnahmen auslösten. Dieses sei angesichts der niedrigen Zinsen jedoch verkraftbar und es ständen den Schulden dann auch entsprechende Werte gegenüber. Die Planschulden liegen im Haushalt 2021 bei 59,7 Mio. € und im Haushalt 2022 bei 63,4 Mio. €. Die tatsächlichen Schulden würden voraussichtlich um einiges niedriger ausfallen, da wahrscheinlich einige Maßnahmen nicht umgesetzt würden. Abschließend fasst er zusammen, dass der vorliegende Haushalt 2021/2022 durchweg eine positive Situation beinhalte. Seine Fraktion werde, evtl. mit einer Enthaltung, zustimmen, nicht zuletzt, weil man eine interfraktionelle Vereinbarung, mit weiteren Maßnahmen, die nicht im Verwaltungsentwurf enthalten gewesen seien eingegangen sei.

Herr Thöle stellt fest, dass die Stadt Melle trotz der Corona-Pandemie im letzten Jahr glücklicherweise hohe Steuereinnahmen gehabt habe. Jedoch stiegen die Ausgaben immer schneller. Die Stadt Melle habe im Jahr 2022 Schulden in Höhe von 63,0 Mio. €. Die Geschwindigkeit des Anstiegs der Schulden mache ihm Sorgen. Er betont jedoch, dass das Geld sinnvoll und überlegt investiert worden sei. Kitas und Schulen kontinuierlich zu erweitern und zu sanieren sei eine umfangreiche Aufgabe, an welcher man ständig arbeite und auf einem guten Weg sei. Auch im Bereich Feuerwehrrhäuser, Turnhallen und bei den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger gebe es eine endlose Liste. Seine Fraktion habe im letzten Jahr ein Problem mit dem großen Ausgabenpunkt für die Pflege der städtischen Bäume. Aus verkehrssicherungstechnischer Sicht sei das sicherlich notwendig, in der Höhe für ihn allerdings beängstigend. Herr Thöle bemerkt zudem, dass eine rasant steigende Ausgabengröße der Personaletat sei. Vor neun Jahren sei man bei 12,0 Mio. € gewesen. Heute sei man bei Personalkosten in Höhe von 20,0 Mio. €. Er betont jedoch, dass die Verwaltung gute Arbeit leiste und es fast täglich neue Aufgaben und Anforderungen gebe. Auch durch die Wünsche und Aufträge der Ratsmitglieder an die Verwaltung würden viele zusätzliche Arbeiten anfallen. Hier danke er der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Herr Thöle teilt abschließend mit, dass in den Konsensgesprächen zum Haushalt 2021/2022 sachlich und fair um die einzelnen Wünsche gerungen worden sei. Seine Fraktion bedanke sich hierfür bei allen Beteiligten. Dass es in einem Wahljahr viele Wünsche ohne Deckungsvorschlag gebe, sei wahrscheinlich normal, doch sollte dieses nicht zur Normalität werden. Seine Fraktion stimme dem vorliegenden Haushalt 2021/2022 zu.

Herr Spiekermann spricht seinen Dank an die Verwaltung für das vorgelegte schlüssige Konzept aus, welches dann in den interfraktionellen Gesprächen entsprechend erweitert worden sei. So seien dort 250.000,00 € zusätzliche Ausgaben aufgenommen worden. Die UWG werde dem Kompromiss zustimmen. Sorgen mache ihm allerdings, dass immer noch nicht die zukünftige Kita-Finanzierung mit dem Landkreis geklärt worden sei. Auch die erwarteten Steuereinnahmen seien nicht sicher und risikobehaftet. Bzgl. der 12 vorliegenden Anträge der einzelnen Fraktionen und der entsprechenden Erhöhung der Ausgaben in Höhe von 250.000,00 € teilt Herr Spiekermann mit, dass bei dem Antrag „Unterstützung Meller Vereine in der Pandemie“ die Idee und der Betrag zwar richtig seien, jedoch müssten auch Kriterien offengelegt werden und das Verfahren dargestellt werden, wie das Geld verteilt werden solle. Hier sei Transparenz wichtig.

Bürgermeister teilt mit, dass er sich für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung aller Haushalte in der letzten Wahlperiode bedanke. Es sei gemeinschaftlich gelungen, verantwortungsvoll mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umzugehen. Wichtig sei immer zu bedenken, dass es kein eigenes Geld sei, sondern dieses nur anvertraut worden sei, um damit gut zu wirtschaften. Es sei deutlich geworden, wie groß die Wünsche auch in den

einzelnen Stadtteilen seien. Man sei auf einem guten Weg, den Sanierungsstau im Bereich des Hochbaus abzubauen. Man brauche allerdings etwas Geduld und er bitte um Verständnis, dass nicht alles auf einmal gehe. Der Haushalt sei solide finanziert und biete mehr Risiken als Chancen. Er bedankt sich bei allen, die ihn bei den Verhandlungen mit dem Landkreis zur Festlegung der Kreisumlage und zur Öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Kosten der Kinderbetreuung begleitet haben. Seit Senkung der Kreisumlage habe man jährlich 2,0 Mio. € weniger an den Landkreis zu zahlen. Beim Thema der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung der Kinderbetreuung stelle man sich vor, 50 % der Ist-Kosten zu bekommen. Hier gehe es dann um einen zusätzlichen jährlichen Betrag in Höhe von 2,5 Mio. €. Dieses ermögliche erst bestimmte Ausgaben, die im Haushalt aufgenommen worden seien. Abschließend teilt Bürgermeister mit, dass er trotz seiner Ablehnung zur Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung ohne Finanzierungsvorschlag dem Haushalt 2021/2022 zustimme, der bis auf diese politische Entscheidung ganz wesentlich die Handschrift der Verwaltung trage. Er danke allen Fraktionen, dass sie verantwortungsbewusst mit den politischen Anträgen umgegangen seien. Besonders freue er sich darüber, dass der größte Posten bei den Anträgen eine Unterstützung der Meller Vereine in der Corona-Pandemie sei. Die Vereine und Ehrenamtlichen bedürften einer Unterstützung der Stadt Melle und könnten diese auch erwarten, wenn sie in eine Notsituation gerieten.

Herr Boßmann gibt zu bedenken, ob es wirklich sinnvoll sei, grundsätzlich einen Doppelhaushalt aufzustellen. Generell sei dieses zwar eine Erleichterung für die Planungen, jedoch halte er es für sinnvoll, wenn man gerade im Jahr der Kommunalwahl diese Aufgabe dem neuen Parlament überlassen würde. Er bittet darum, dieses zukünftig zu überdenken.

Herr Schulke teilt bzgl. des vom Ortsrat Gesmold gemeinsam mit dem Sportverein Viktoria Gesmold e. V. gestellten Antrages mit, dass die Sporthalle Gesmold ein wichtiger Bestandteil und Treffpunkt der Gesmolder Bürgerinnen und Bürger sei. Über ein Drittel aller Gesmolderinnen und Gesmolder seien Mitglied im Sportverein und so werde die Sporthalle von allen Generationen und für viele Veranstaltungen genutzt. Daher sei es gut, dass die Sanierung der Halle in die Prioritätenliste aufgenommen worden sei. Seit dem Jahr 2018 sei sie dort mit 1,25 Mio. € und einem Zeitfenster von drei bis fünf Jahren gelistet worden. Im Jahr 2018 habe es hierzu bereits eine Gesamtbetrachtung eines Fachbüros gegeben. Im November 2020 sei die Maßnahme im Ausschuss für Gebäudemanagement neu bewertet worden. Eine Förderung aus Bundesmitteln sei beantragt worden. Der Eigenanteil der Maßnahme für die Stadt Melle habe 1,375 Mio. € betragen. Herr Schulke informiert, dass er den Förderantrag sehr begrüßt habe. Leider sei dieser jedoch Anfang März 2021 abgelehnt worden. Bis dahin seien die Mittel in den Ansätzen 2021-2024 vorgesehen gewesen. Nach Ablehnung des Förderantrages würden die Beträge nicht mehr aufgeführt. Dieses sei bedauerlich und daher der Antrag gestellt worden. Es stelle sich die Frage, wieso die ursprünglich veranschlagten Mittel nicht wieder für die Maßnahme berücksichtigt worden seien. Es sei nicht notwendig, die Maßnahme wieder völlig neu zu bewerten. Auf die Bewertung des Fachbüros könne aufgebaut werden. Herr Schulke unterstreicht abschließend, dass es nicht sein dürfe, dass bei Ablehnungen von Förderungen bereits aufgenommene Maßnahmen nicht mehr berücksichtigt würden. Darum sei es notwendig, die Maßnahme im Ausschuss für Gebäudemanagement zu beraten und an gleicher Stelle, mit den gleichen Mitteln wie vor dem Förderantrag, in die Prioritätenliste aufzunehmen. Bis zum Jahr 2023 müsse die Maßnahme dann umgesetzt werden. Zudem erwarte man, dass die Mittel in einem Haushaltsnachtrag 2021/2022 beschlossen würden.

Herr Weßler informiert ergänzend, dass die Sporthalle in Gesmold seit fünf Jahren undicht sei. Er betont, dass eine Sanierung sehr notwendig sei und man alles dafür tue, dass auch nach Ablehnung des Förderantrages die Maßnahme wieder in die Prioritätenliste an alter Position aufgenommen werde. Die Bürgerinnen und Bürger könnten, falls es zu einer erneuten Bewertung kommen sollte, nicht weiter getröstet werden. Er bittet den Rat der Stadt Melle, die Maßnahme wieder in die Haushaltsplanung aufzunehmen und um Bereitstellung der entsprechenden Mittel.

Herr Hunting teilt mit, dass er das Ansinnen aus Gesmold nachvollziehen könne. Er befürworte generell eine zeitnahe Durchführung von Sanierungsmaßnahmen. Er stellt fest, dass es auch andere Maßnahmen gebe, die für überregionale Förderungen angemeldet worden waren, jedoch abgelehnt wurden. Hier nennt er beispielsweise die Sägemühle in Oldendorf und den behindertengerechten Ausbau der Kirchhofsburg Buer. Hier unterstütze er ebenfalls eine Wiederaufnahme in die Prioritätenliste und eine Beratung im Ausschuss für Gebäudemanagement. Wenn eine Maßnahme so dringend wie in Gesmold sei, werde es sicherlich möglich sein, diese oben auf die Prioritätenliste zu setzen. Er unterstreicht, dass die Prioritätenliste generell ein geeignetes Mittel sei, um Sanierungsmaßnahmen und Erweiterungen in einer zeitlich richtigen Folge abzuarbeiten. Er betont, dass auch bzgl. der Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung eine Prioritätenliste richtig und notwendig sei.

Vorsitzender lässt über die finale Fassung der Haushaltssatzung abstimmen.

Der vorliegende Beschlussvorschlag bezieht sich auf die Änderungen, die durch die Verwaltung vorgeschlagen wurden inkl. des interfraktionellen Änderungspapiers mit dem Szenario A.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Haushaltssatzungen 2021 / 2022 werden in der beigefügten Fassung (Anlage 1) beschlossen.

**TOP 10 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und
UWG und der CDU/FDP-Gruppe (Erweiterung Stellenplan -
Klimaschutz)
Vorlage: 01/2021/0116**

Frau Mielke unterstreicht, dass ihr der vorliegende Antrag persönlich ein großes Anliegen sei. Es sei unbedingt notwendig, dass die personelle Ressource des Umweltamts ausgeweitet werde und so sei der vorliegende gemeinsame Antrag aller im Meller Stadtrat vertretenen Fraktionen auf den Weg gebracht worden. Die Aufgabe des Klimaschutzes sei vielfältig und umfangreich. Es bedürfe ganz besonderen Anstrengungen, eine Klimaneutralität herzustellen. Als Ansprechpartner und Koordinator für Bürgerinnen, Bürger und Betriebe brauche man vor Ort eine kompetente Person, die sich diesem Thema widme. Auch eine Beratung innerhalb der Verwaltung sei wünschenswert. Das investierte Geld in diese Stelle sei gut angelegt und bringe für die Zukunft so hoffentlich etwas mehr Klimagerechtigkeit mit sich.

Herr Trenkler teilt mit, dass man sich über die Wichtigkeit des vorliegenden Antrages einig sei und daher keine weiteren Ausführungen notwendig seien. Er appelliert an alle, aufgrund der aktuellen Situation und der langen Tagesordnung auf einzelne Statements zu verzichten, wenn Einigkeit herrsche.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Fraktionen von SPD, Grünen und UWG und der CDU/FDP-Gruppe haben mit Datum vom 09.02.2021 folgenden Antrag gestellt mit der Bitte um Befassung im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Straßen und Tiefbau am 17.02.2021 sowie in der weiteren Beratungsreihenfolge der zuständigen Gremien bis zum Haushaltsbeschluss:

Der Stellenplan der Stadt Melle wird erweitert um zusätzliche 0,5 Stellen im Umweltbüro für den Klimaschutz. Die Stelle soll zeitnah ausgeschrieben und besetzt werden.

**TOP 11 Antrag der CDU Stadtratsfraktion auf Umsetzung von
Rathauptreppenkonzerten für das Jahr 2021
Vorlage: 01/2021/0112**

Herr Terbeck teilt mit, dass seine Fraktion bei den folgenden Anträgen auf eine Diskussion verzichte, wenn diese in den jeweiligen Fachausschüssen einvernehmlich beschlossen worden seien.

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die CDU Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 03.03.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die erfolgreichen Rathauptreppenkonzerte aus dem von der Corona Pandemie geprägten Jahr 2020 sollen auch im Jahr 2021 stattfinden und weiter ausgebaut werden. Mittel in Höhe von 10.000 Euro sollen für das laufende Jahr 2021 eingeplant und im Haushalt eingestellt werden. Eine entsprechende Darstellung im Haushaltsentwurf ist vorzunehmen. Die Zuständigkeit und Verantwortung liegt beim Amt für Kultur und Tourismus.

**TOP 12 Antrag der CDU/FDP-Gruppe: Für ein "sauberes Melle" hier:
Informationskampagne "Keine Kippen auf den Boden"
Vorlage: 01/2021/0031**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die CDU/FDP-Gruppe im Rat hat mit Schreiben vom 13.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die CDU/FDP-Gruppe im Rat der Stadt Melle beantragt, aus Gründen des Umwelt- und Gewässerschutzes eine Informationskampagne zum Thema „Keine Kippen auf den Boden“ zu starten. Hiermit soll bewusst für Umweltgruppen, Kaufleute und Gewerbetreibende, Schulen, Kirchengemeinden, Restaurants, Kultureinrichtungen, Vereine und andere Interessierte die Möglichkeit zur Beteiligung eröffnet werden. Das Umweltbüro der Stadt ist einzubeziehen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten und Kosten einer Beschaffung neuer Abfallbehältnisse zur Entsorgung von Zigarettenresten o.ä. oder deren entsprechende Umrüstung zu prüfen.

**TOP 13 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Melle -
Unterstützung Meller Vereine in der Pandemie
Vorlage: 01/2021/0065**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Melle hat mit Schreiben vom 17.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die Stadt Melle wird beauftragt, Vereine, denen es aufgrund des Veranstaltungsverbotes im Rahmen der Corona-Pandemie nicht gelingt, eigene Mittel zu erwirtschaften, finanziell zu unterstützen, damit die Existenz gesichert wird.

Ferner sollte die Verwaltung eine Unterstützung der Vereine bei der Suche nach entsprechenden Förderungen, die beispielsweise über den Landschaftsverband Osnabrück e.V. laufen, aufzeigen und wenn nötig, begleiten.

Sollte seitens des Vereines ein Antrag beim Land gestellt, aber noch nicht bewilligt sein, muss auch hier die Stadt ihre Verantwortung wahrnehmen und übergangsweise finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen.

Vereine, die bei den von der Landesregierung aufgelegten Förderprogrammen keine Berücksichtigung finden und nicht mehr in der Lage sind, Versicherungen, Mieten und Energiekosten aufgrund fehlender Rücklagen zu begleichen, müssen nach Offenlegung ihrer finanziellen Verhältnisse und Prüfung durch die Stadt Melle, eine umgehende Unterstützung zum Aufrechterhalten des Vereines erhalten. Hierbei soll es sich um finanzielle Hilfen handeln, die eine Insolvenz abwenden.

Entsprechende Mittel sind in den Haushalt einzustellen oder über die Priorisierung der Ausgaben in dem Bereich Veranstaltungen zu erzielen.

**TOP 14 Antrag der SPD-Fraktion zur Erhöhung des
Haushaltsansatzes "Anschaffung von Spielgeräten"
Vorlage: 01/2021/0092/3**

Frau Dettmann erläutert, dass der Antrag gestellt worden sei, da in der Vergangenheit oftmals defekte Spielgeräte abgebaut werden mussten und dann aufgrund bereits aufgebrauchter Haushaltsmittel nicht mehr erneuert werden konnten. Gerade in der jetzigen Zeit sei es wichtig, dass für Kinder ein geeigneter Platz und öffentliche Fläche zum Spielen zur Verfügung stehe.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die SPD-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 10.03.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die SPD- Stadtratsfraktion beantragt für die 102 städtischen Spielplätze im Gebiet der Stadt Melle den jährlichen Haushaltsansatz "Anschaffung von Spielgeräten" von 30.000€ auf 50.000€ zu erhöhen.

TOP 15 Antrag der SPD-Fraktion zur Aufnahme und Bereitstellung von Mitteln in den Haushaltsplan 2021/22
Vorlage: 01/2021/0092/4

Frau Kattner-Tschorn teilt mit, dass der Ortsrat Oldendorf und sie als Ortsbürgermeisterin die Bereitstellung der Mittel für die Nutzbarmachung der Dachfläche des Kindergartens in Oldendorf begrüße. Es sei richtig, jetzt die Zeit für die Gestaltung der Außenfläche zu nutzen. Das Geld sei so gut für die Kleinsten der Gesellschaft investiert.

Herr Hunting erinnert, dass das Thema „Wohnbauförderung“ schon in den Haushaltsberatungen 2019/2020 ein zentrales Anliegen seiner Fraktion gewesen sei. Insbesondere im Bereich des bezahlbaren Wohnraumes sei der Bedarf nach wie vor vorhanden und seine Fraktion habe daher den Antrag gestellt, für die Jahre 2021 und 2022 jeweils 100.000,00 € zur Verfügung zu stellen. Hier hoffe man auf eine Gegenfinanzierung des Landkreises Osnabrück wie vor zwei Jahren. Er berichtet, dass der Kreistag in seiner letzten Sitzung dem Antrag der SPD/UWG-Gruppe gefolgt sei und noch einmal 479.000,00 € für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eingebracht habe. So habe man wieder die Möglichkeit, weitere hervorragende Projekte zu finanzieren.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die SPD-Stadtratsfraktion hat mit Schreiben vom 10.03.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die SPD- Stadtratsfraktion beantragt die Bereitstellung von Mitteln im Haushaltsplan 2021/22:

1. Für die Nutzbarmachung der Dachfläche des neuerstellten Kindergartengebäudes in Oldendorf fordern wir die Bereitstellung der notwendigen Mittel.

2. Für das Produkt Wohnbauförderung (522-01) beantragen wir die Einstellung von Haushaltsmitteln von jeweils 100.000,-- Euro für die Haushaltsjahre 2021 und 2022.

TOP 16 Antrag der SPD-Fraktion zu Richtlinien zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0018/1

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in der Sitzung des Rates vom 15.07.2020 beschlossene Erweiterung der Richtlinie zur Förderung jugendpflegerischer Maßnahmen durch die Stadt Melle, befristet vom 16.07.2020 bis 31.12.2020 wird für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 verlängert.

TOP 17 Antrag der SPD-Fraktion zur Sicherheit auf Radwegen
Vorlage: 01/2020/0258

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Melle hat mit Schreiben vom 08. Oktober 2020 folgenden Antrag gestellt:

Die SPD - Stadtratsfraktion fordert ein Radwegekonzept sowie ein Unterhaltungs- und Sicherheitskonzept für Radwege. Hierbei sind alle Radwegeverbinden, sowohl der Stadtstraßen wie auch der Kreis- und Landesstraßen einzubeziehen. In Zusammenarbeit mit allen beteiligten Straßenbaulastträgern soll die konzeptionelle Vorarbeit und die baldige Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen eingeleitet wird.

**TOP 18 Antrag der SPD-Fraktion zur Installation von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden
Vorlage: 01/2020/0273**

Frau Mielke erinnert, dass der vorliegende Antrag bereits vor einem halben Jahr gestellt worden sei. Im Landtag sei beschlossen worden, dass ab dem Jahr 2020 das Land Niedersachsen seinen Energiebedarf komplett aus erneuerbarer Energie decken solle. In Planung seien neue Bestimmungen für die Baugesetzgebung für die Betriebe. Es werde zukünftig gefordert und gesetzlich vorgeschrieben, dass Betriebe Photovoltaikanlagen errichten und auch nutzen müssen. Daher wolle man in Melle jede größere geeignete Dachfläche für die Errichtung von Photovoltaikanlagen nutzen. Schon vor einiger Zeit sei beschlossen worden, in Bruchmühlen ein Dach einer neu zu errichtenden Kita mit Photovoltaik auszurüsten und sie hoffe, dass das nun auch umgesetzt werde. Im heutigen Tagesordnungspunkt „Ökologische Belange in der Stadtentwicklung“ habe man den Ansatz „Photovoltaik“ für die zukünftigen Gewerbe- und Baugebiete aufgenommen. In dem Antrag ihrer Fraktion gehe es nun um statisch geeignete Flächen städtischer Gebäude und eine Berücksichtigung bei neu geplanten Gebäuden, um eine Photovoltaikanlage zu errichten. Klimaschutz sei eine globale Aufgabe, die durch das Handeln vieler und an vielen Stellen umgesetzt werde. Sie bittet um Zustimmung für den vorliegenden Antrag.

Frau Tiemann teilt mit, dass man sich in den letzten Sitzungen des Ausschusses für Gebäudemanagement ausführlich mit dem Thema auseinandergesetzt habe. Man sei sich einig, dass eine Umsetzung erfolgen solle.

Herr Wüsthube weist darauf hin, dass für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden entsprechende Mittel erforderlich seien und hierfür ein Budget zur Verfügung stehen müsse.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Melle hat mit Schreiben vom 27.10.2020 folgenden Antrag gestellt:

Die SPD Stadtratsfraktion beantragt alle Dächer auf städtischen Gebäuden dahingehend zu überprüfen, ob Photovoltaikanlagen darauf installiert werden können und wenn möglich, diese auch zu errichten. Darüber hinaus können die Flächen aber auch vermietet werden, um gewerblichen Betreibern die Nutzung von Photovoltaik oder anderen Anlagen zur Energiegewinnung zu ermöglichen. Bei Neubauvorhaben und grundhaften Sanierungen von städtischen Gebäuden sind die Voraussetzungen für Anlagen zur Energiegewinnung grundsätzlich einzuplanen und deren Installation vorzusehen.

**TOP 19 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion:
Förderprogramm Regenwasser-Nutzung
Vorlage: 01/2021/0032**

Herr Trenkler teilt mit, dass es bei dem Antrag um eine kleinere lokale Maßnahme gehe. Die Bürgerinnen und Bürger könnten so für einen sparsamen Umgang mit dem Trinkwasser sensibilisiert werden.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 11.02.2021 folgenden Antrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. eine Förderrichtlinie für die Gewährung von Zuschüssen für Regenwassernutzungs-Anlagen zu erarbeiten.
2. die entsprechenden Mittel (je 10.000,-€ / Jahr) sind in den Haushalt 2021-2023 zu stellen.
3. Von dieser Förderung ausgeschlossen sind Vorhaben, bei denen es bereits eine textliche Festsetzung zur Wasserrückhaltung im Bebauungsplan gibt.

**TOP 20 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zum Haushalt
2021/2022 zur Angebotsverbesserung des Busverkehrs
Richtung Melle-Mitte und Werther/Bielefeld
Vorlage: 01/2021/0118**

Herr Reehuis teilt mit, dass schon des Öfteren auf eine notwendige Erweiterung der Buslinie Werther/Bielefeld hingewiesen worden sei. Auch der Ortsrat Neuenkirchen habe hierzu einstimmig einer Umsetzung zugestimmt.

Herr Gerling bestätigt, dass der Ortsrat Neuenkirchen eine Verbesserung der Busverbindung Richtung Werther/Bielefeld wünsche. Derzeit gebe es eine Linie, die dreimal täglich dort fahre. Hier gehe es hauptsächlich um die Schülerbeförderung. Es gebe zudem noch eine zweite Linie über St. Annen. Diese Linie würde so gut wie gar nicht genutzt. Wenn eine Verbesserung erfolgen solle, sei es eine Aufgabe der Kreise Bielefeld, Gütersloh und Osnabrück, hier eine deutliche Optimierung herbeizuführen. Es müssten Busverbindungen über die Stadtteile zu den Oberzentren in einem vernünftigen regelmäßigen Zeittakt erfolgen, damit diese auch für Berufstätige, Studenten usw. nutzbar seien.

Herr Kruse teilt mit, dass der vorliegende Antrag im Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Verkehr am 15.03.2021 abgelehnt worden sei. Im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sei es zu einer Änderung in einen allgemeinen Titel gekommen und somit nicht ausdrücklich für die Linie Bielefeld/Werther gedacht.

Herr Reehuis erwidert, dass im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft genau über diese Linie gesprochen worden sei. Der Titel sei zwar ein anderer, aber expliziert für diese Linie gedacht und so in die Haushaltsberatungen eingeflossen.

Vorsitzender hinterfragt, ob der Antragstext so wie in der gestrigen Sitzung des Verwaltungsausschusses beschlossen worden sei, übernommen werden könne.

Herr Reehuis bestätigt dieses.

Herr Kruse ist der Meinung, dass in der interfraktionellen Runde und im Ausschuss für Finanzen besprochen worden sei, den Betrag als Allgemeintitel für die Optimierung

sämtlicher Buslinien in der Stadt Melle einzustellen und es nicht nur um die Buslinie Neuenkirchen/Werther/Bielefeld gehe.

Herr Hunting unterstützt die Aussage von Herrn Kruse. In den Konsensgesprächen sei besprochen worden, den Allgemeintitel zu erhöhen und mit einem Sperrvermerk zu versehen. Eine Verbesserung des Konzepts könnte nur im Einklang mit der PlaNos und der VOS erfolgen. Er sehe jedoch eine Priorität in der Linie Neuenkirchen/Werther/Bielefeld. Vorsitzender teilt mit, dass er über den geänderten Antrag abstimmen lassen werde.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden geänderten

Beschluss:

Für zusätzliche Busverbindungen erfolgt im Haushalt eine Budgeterhöhung in Höhe von jährlich 60.000,- € ab dem Jahr 2022.

**TOP 21 Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zur Errichtung eines Wohnmobil Stellplatzes in Melle-Mitte
Vorlage: 01/2021/0067**

Herr Wüsthube erklärt ergänzend, dass mit dem Antrag gemeint war, dass Wohnmobilstellplätze im Rahmen des Förderprogramms „Grönenbergpark“ integriert werden sollen. Leider sei es nicht möglich gewesen, aus dem Budget des Tiefbauamtes eine Befestigung der Parkbuchten zu realisieren. Er bedanke sich für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln in Höhe von 25.000,00 €.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat mit Schreiben vom 17.01.2021 folgenden Antrag gestellt:

1. Die Schaffung von Stellplätzen für 10 Wohnmobile soll in die Planung des zugesagten Förderprogramms Grönenbergpark integriert werden. Dabei sollten möglichst naturnahe Plätze geschaffen werden, ausgestattet mit nachhaltigen Ver- und Entsorgungsstationen.
2. Es ist zu prüfen, ob die vorhandenen – unbefestigten - Parkbuchten auf der Südseite der Straße „Am Wellenbad“ vorab kurzfristig mit Rasengittersteinen befestigt werden können.

**TOP 22 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Melle über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019
Vorlage: 01/2021/0104**

Herr Kruse dankt dem Rechnungsprüfungsamt für die Erstellung des umfassenden Berichts.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Jahresabschluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1)

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird dem Bürgermeister für die Haushaltsrechnung der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses wird in voller Höhe den bestehenden Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Der Jahresfehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses wird in voller Höhe mit den bestehenden Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet.

TOP 23 Bericht über die Prüfung des Gesamtabchlusses 2019 der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0105

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle nimmt den Konsolidierten Gesamtabchluss 2019 des Konzerns Stadt Melle sowie den Prüfungsbericht über die Prüfung des Abschlusses zur Kenntnis.

Gemäß § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) wird der Gesamtabchluss der Stadt Melle für das Rechnungsjahr 2019 wie folgt beschlossen (sh. Anlage 1).

TOP 24 Richtlinie "Lastenräder" zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0029

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die Förderrichtlinie „Lastenräder“ zur Förderung des Radverkehrs in der Stadt Melle gemäß Anlage 1.

TOP 25 Projektcontrolling 4. Quartal 2020, Finanzcontrolling zum Stichtag 31.10.2020 - Gesamtberichte
Vorlage: 01/2021/0084

Herr Hensiek erklärt ergänzend, dass es sich hier um den Stand von Oktober 2020 handele. Mittlerweile sei der Jahresabschluss vorbereitet und werde in der nächsten Woche veröffentlicht. Man werde im Jahresergebnis voraussichtlich mit einem Überschuss in Höhe von ca. 5,0 Mio. € abschließen. Hierbei seien die Ende 2020 beschlossenen umfangreichen überplanmäßigen Ausgaben enthalten.

Alle anwesenden Mitglieder des Rates der Stadt Melle nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 26 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Einrichtung
einer gemeinsamen Erhebungsstelle im Rahmen des Zensus
2022
Vorlage: 01/2021/0082**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück nach § 2 des Entwurfs des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Zensusgesetz 2021 (Nds. AG ZensG 2021) in Verbindung mit § 1 des Niedersächsischen Statistikgesetzes (NStatG) zur Einrichtung einer gemeinsamen Erhebungsstelle im Rahmen des Zensus 2022 abzuschließen.

**TOP 27 Berufung der Wahlleitung für die Kommunalwahl 2021
Vorlage: 01/2021/0094**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Für die Durchführung der Kommunalwahlen 2021 werden Herr Erster Stadtrat Andreas Dreier zum Wahlleiter und Frau StVR Sandra Wiesemann zur stellvertretenden Wahlleiterin berufen.

**TOP 28 Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 01/2021/0111**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt die Annahme und Vermittlung von Zuwendungen i.S.v. § 111 Abs. 7 NKomVG gemäß der Anlage 1 für die Stadt Melle.

**TOP 29 Überplanmäßige Auszahlung für das Projekt P4009-002 An-
und Ausbau Kindertagesstätten/ I40018-P03 Kindergarten
Oldendorf
Vorlage: 01/2021/0071**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt gemäß § 117 NKomVG die Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen für die Investitionsnummer I40018-P03 (Kindergarten Oldendorf) in Höhe von 80.000 Euro für das Haushaltsjahr 2020.

**TOP 30 Überplanmäßige Auszahlungen für das Jahr 2020 im Produkt 362-01 Jugendarbeit
Vorlage: 01/2021/0062**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die überplanmäßige Auszahlung für das Produkt 362-01 „Jugendarbeit“ in Höhe von 38.526,00 EUR bei der Inv.-Nr. 40019-160 „Neubau Skateanlage“ im Haushaltsjahr 2020 wird gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 31 Außerplanmäßige Auszahlungen für das Produkt 211-01
Vorlage: 01/2021/0098**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die außerplanmäßigen Auszahlungen für das Produkt 211-01 (Grundschulen) in Höhe von 88.739,55 € unter der Inv.-Nr. I40020-001 (Erweiterungsbau GS Bruchmühlen) werden gemäß § 117 NKomVG genehmigt.

**TOP 32 Defizit-Finanzierung der Kindertagesstätten in der Stadt Melle
Vorlage: 01/2021/0100**

Frau Dettmann teilt mit, dass mit einer heutigen Zustimmung die ersten Träger die neue Finanzierungsgrundlage unterschreiben können. Der Ausschuss für Bildung und Sport sei zuversichtlich, dass auch die weiteren noch zu klärenden Punkte, wie z. B. die Eigengebäudefinanzierung ausgearbeitet würden. Sie dankt der Verwaltung für die gute Koordination und die ausdauernden Verhandlungen mit allen Beteiligten. Man werde weiter an den nächsten Schritten arbeiten und sie hoffe, dass man zum Ende dieses Jahres zu einem endgültigen Abschluss der Verhandlungen komme.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Dem Abschluss neuer Trägerverträge auf der Basis der ausgearbeiteten Grundlagen in Form eines Defizitenausgleichs wird zugestimmt.
Die Zustimmung erfolgt vorbehaltlich der Bereitstellung der notwendigen Mittel im Haushalt der Stadt Melle.

**TOP 33 Neubesetzung des Schiedsamtes für den Bereich der Stadt
Melle
Vorlage: 01/2021/0074**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Herr Helmut Nolte, Danziger Str. 33, 49324 Melle, wird für fünf Jahre für das Amt des Schiedsmanns der Stadt Melle gewählt.

**TOP 34 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr St.
Annen
Vorlage: 01/2021/0059**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr St. Annen wird

Christian Kramm

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.04.2021 bis zum 31.03.2027

zum Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr St. Annen

ernannt.

**TOP 35 Ernennung des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der
Ortsfeuerwehr St. Annen
Vorlage: 01/2021/0058**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr St. Annen wird

Nils Brockmann

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.04.2021 bis zum 31.03.2027

zum stellv. Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr St. Annen

ernannt.

**TOP 36 Ernennung des Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr
Oldendorf
Vorlage: 01/2021/0088**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Auf Vorschlag der Mitgliederversammlung der Ortsfeuerwehr Oldendorf wird

Stefan Dierker

unter Berufung in das Beamtenverhältnis als gemeindlicher Ehrenbeamter ab 01.05.2021 bis zum 30.04.2027

zum Ortsbrandmeister

der Ortsfeuerwehr Oldendorf
ernannt.

**TOP 37 Antrag zur Änderung der Wahlordnung für das
Jugendparlament
Vorlage: 01/2021/0033**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle beschließt die in der Sach- und Rechtslage genannten Änderungen in der Wahlordnung für das Jugendparlament Melle.

**TOP 38 Ökologische Belange in der Stadtentwicklung
Vorlage: 01/2021/0048**

Herr Uffmann erläutert die Beschlussvorlage. Es sei ein umfangreiches und interessantes Konzept entwickelt worden. Es sei eine Checkliste erstellt worden. Hier könne die Politik festhalten, was zukünftig in den Bebauungsplänen aufgeführt sein solle. So könne der Klimaschutz in Melle vorangebracht werden. Das Konzept sei nicht nur für Gewerbegebiete, sondern auch für die Wohnbaulandentwicklung erstellt worden. Im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung sei das Thema kontrovers diskutiert worden. Leider sei es nicht möglich, alles in den Bauleitplänen festzuschreiben. Einiges müsse über die Grundstücksverträge geregelt oder auf freiwilliger Basis umgesetzt werden. Es hätte teilweise Bedenken gegeben, dass sich aufgrund der Vorgaben keine Gewerbebetriebe mehr ansiedeln könnten. Jedoch sei man zu dem Entschluss gekommen, dass dieses der richtige Weg sei. Mit dem heutigen Beschluss Sorge man verbindlich dafür, dass die ökologischen Belange in den städtebaulichen Konzepten als Selbstbindung beschlossen werden und auch Anwendung fänden.

Herr Wüsthube unterstreicht, dass das vorliegende Konzept sehr umfassend und gut gelungen sei. Vor 20 Jahren habe man sich bestimmt noch nicht vorstellen können, dass es möglich sei, solch ein Konzept umzusetzen. Einige Dinge müssten in Verträgen umgesetzt werden und dieses werde auch geschehen. Ökologische Belange seien auch betriebswirtschaftlich interessant und würden durch eine Erhöhung des CO₂-Preises noch wichtiger. Auch Anreize im Bereich der Regenwasserkanalisation und für eine Versickerung

des Wassers auf den Grundstücken seien sinnvoll. Dieses sei ggf. noch durch die Verwaltung zu prüfen. Aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahren seien die Firmen auch daran interessiert, sich modern aufzustellen.

Herr Spiekermann bemerkt, dass vereinbart worden sei, eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Dieses sei allerdings nicht klimagerecht. Mittlerweile sei man in der Entwicklung schon weiter. Seiner Meinung nach wäre es sinnvoller, Verpflichtungen aufzuerlegen, um klimagerechter zu handeln und dem CO₂-Ausgleich in Melle näher zu kommen. Es sei ungünstig, dass den privaten Bauherren größere Verpflichtungen und somit höhere Kosten als den Unternehmen auferlegt werden. Aus diesem Grund könne er dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Herr Weßler teilt mit, dass man sich viele Gedanken über das Konzept gemacht habe und man sehe die große Herausforderung in der Umsetzung. Seiner Meinung nach sei es nicht der richtige Weg, Unternehmen Maßnahmen aufzuzwingen. Bereits heute seien viele Unternehmer schon bereit, ökologische Dinge umzusetzen. Mit dem vorliegenden Konzept könne man arbeiten, konkrete Maßnahmen angehen und Bauwilligen eine Orientierung geben. Dieses sei ein erster Schritt in die richtige Richtung und es müssten regelmäßig sinnvolle Verbesserungen geben. Er gibt abschließend zu bedenken, dass es durch das Konzept zu mehr Arbeit in der Verwaltung komme, da die Maßnahmen überprüft und die Umsetzung kontrolliert werden müssten.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei zwei Enthaltungen

Beschluss:

Die Konzepte „Ökologische Belange in der Bauleitplanung – Band A nachhaltige Gewerbegebietsentwicklung“ (Anlage 1) und „Ökologische Belange in der Bauleitplanung – Band B nachhaltige Wohnbaulandentwicklung“ (Anlage 2) werden gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch als städtebauliches Entwicklungskonzept beschlossen.

Die Belange sind bei neuen Bauleitplanverfahren zu berücksichtigen.

Die Konzepte sollen 2025 evaluiert werden.

TOP 39 Bebauungsplan "Im Wievenkamp", Melle-Gesmold Beschluss über die Abwägung Satzungsbeschluss Vorlage: 01/2021/0040

Herr Wüstehube teilt mit, dass er es bedauere, dass man es nicht hinbekommen habe, in der heutigen Sitzung die beiden Baugebiete „Im Wievenkamp“ und „Auf der Plecke“, zu beschließen. Die Nachfrage nach Bauplätzen sei groß und so hätte man mit beiden Beschlüssen nicht nur 40, sondern rund 100 Bauplätze verwirklichen könne. Dem heute vorliegenden Bebauungsplan „Im Wievenkamp“ könne er so allerdings nicht uneingeschränkt zustimmen. Er beinhalte zwar durchaus interessante Aspekte, jedoch gebe es auch Konfliktpotential. So gebe es den Lärm von der Autobahn und es würden im gesamten Plangebiet die Lärmpegelbereiche zwei und drei definiert. Dadurch seien überall Lärmschutzmaßnahmen erforderlich. Nachts seien die zulässigen Werte sogar im gesamten Gebiet überschritten. Zudem werde das Gebiet zu zweidrittel mit landwirtschaftlichen Gerüchen überlagert, die den höchsten Orientierungswert deutlich überschritten. Dieses werde in der Abwägung jedoch als zumutbar aufgeführt, wenn ein entsprechender Hinweis im Bebauungsplan aufgeführt werde. Herr Wüstehube erläutert ferner, dass für das Plangebiet bzgl. des Artenschutzes eine CEF-Maßnahme getroffen werden musste, da hier ein Brutrevier eines Rebhuhns betroffen sei. Diese Vogelart habe den höchsten deutschen Schutzstatus und die Umsiedlungsmaßnahme sei vorbereitet. Fraglich sei jedoch, ob die

Maßnahme Erfolg habe. In Anbetracht dieser Problemlage könne er sich bei der Abstimmung nur enthalten.

Herr Uffmann erklärt, dass der vorliegende Bebauungsplan von allen gewollt und im Ausschuss für Planen und Stadtentwicklung einstimmig beschlossen worden sei. Der Bebauungsplan sei mit einer sachlichen Kritik begleitet worden. Im frühzeitigen Beteiligungsverfahren sei diese Kritik eingebracht worden und es seien auch Änderungen in dem Bebauungsplan erfolgt. Hierdurch sei deutlich zu sehen, dass Eingaben berücksichtigt würden und nicht nur Abwägungen erfolgten. Es sei positiv zu bewerten, dass hier ein Bebauungsgebiet mit vielen unterschiedlichen Haustypen entstehe. Nach seinem Verständnis seien die erwähnten Geruchsbelastungen für ein Wohngebiet in einem zulässigen Bereich.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei sechs Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1, 2 und § 4 Abs. 1, 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Im Wievenkamp“ wird als Satzung beschlossen.

**TOP 40 Bebauungsplan "Im Wievenkamp", Melle-Gesmold; hier:
 Beschluss über den städtebaulichen Erschließungsvertrag
 Vorlage: 01/2021/0083**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei sechs Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Der städtebauliche Erschließungsvertrag zum Bebauungsplan „Im Wievenkamp“ wird beschlossen.

**TOP 41 Bebauungsplan "Westlich Viktoriastraße"
 Beschluss über die Abwägung
 Satzungsbeschluss
 Vorlage: 01/2021/0045**

Vorsitzender stellt den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Abwägung gemäß § 3 Abs. 1, 2 und § 4 Abs. 1, 2 BauGB wird wie in den Anlagen dargestellt beschlossen.

Der Bebauungsplan „Westlich Viktoriastraße“ wird als Satzung beschlossen.

TOP 42 Wirtschaftsplan des Wasserwerks für die Jahre 2021 und 2022
Vorlage: 01/2021/0061

Herr Wüstehube bemerkt, dass im Wirtschaftsplan des Wasserwerkes rd. 500.000.00 € für Trinkwasserleitungen aufgeführt seien, die im Sanierungsgebiet Gerhart-Hauptmann-Straße und Eickener Straße verlegt werden sollen. Seiner Meinung nach müsse dieser Betrag aufgrund des Beschlusses bzgl. der Straßenausbaubeitragssatzung aus dem Wirtschaftsplan herausgenommen werden.

Herr Lütkemeyer teilt mit, dass es hier ggf. eine entsprechende Änderung durch einen Nachtrag gebe.

Der Rat der Stadt Melle fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Melle setzt den Wirtschaftsplan des Wasserwerks für die Jahre 2021 und 2022 wie folgt fest:

Ia. Erfolgsplan 2021

Erträge	3.559.800 EUR
Aufwendungen	3.391.000 EUR
Jahresüberschuss	168.800 EUR

Ib. Erfolgsplan 2022

Erträge	3.553.900 EUR
Aufwendungen	3.425.900 EUR
Jahresüberschuss	128.000 EUR

Ila. Vermögensplan 2021

Benötigte Mittel	1.433.000 EUR
Vorhandene bzw. zu beschaffende Mittel	1.433.000 EUR

Ilb. Vermögensplan 2022

Benötigte Mittel	1.429.000 EUR
Vorhandene bzw. zu beschaffende Mittel	1.429.000 EUR

III. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die in den Wirtschaftsplänen 2021 und 2022 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden darf, wird auf jeweils 250.000 EUR festgesetzt.

IV. Kreditaufnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen wird für 2021 und 2022 auf jeweils 0 EUR festgesetzt.

V. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird für 2021 auf 200.000 EUR und für 2022 auf 250.000 EUR festgesetzt.

VI. Stellenübersicht

Die Stellenübersichten der Jahre 2021 und 2022 werden in der vorliegenden Form beschlossen.

TOP 44 Wünsche und Anregungen

- keine

Vorsitzender dankt allen Zuhörerinnen und Zuhörern für das Interesse und schließt die 21. Sitzung des Rates der Stadt Melle in der laufenden Wahlperiode.

10.06.2021
gez. M. Stakowski

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

27.05.2021
gez. R. Scholz

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

20.05.2021
gez. K. Lehnig

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)